nr. 7 – nov 2015

ecke turmstraße

Seite 3: Wie geht es im Kleinen Tiergarten weiter? Seite 4: Milieuschutz in Moabit
Seite 6/7: Flüchtlinge in Berlin Seite 10: Farce rund um die Arminiushalle

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer weiß, wo sich dieser Ort genau befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: Ecke Turmstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecketurm@gmx.net. Einsendeschluss ist Montag, der 7. Dezember. Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir das sehr lesenswerte Buch »Der ganz normale Wahnsinn in der Nachtschicht – Berlin-Street-Taxi« des Moabiter Autors Aro Kuhrt, der Erlebnisse aus 15 Jahren seiner Taxifahrer-Tätigkeit schildert. Unsere letzte Rätselecke zeigte ein Detail an der Straßenkreuzung Turmstraße / Gotzkowskystraße. Rätselgewinner ist Burkhard Hoeft. Herzlichen Glückwunsch! Das Buch wird Ihnen per Post zugesandt.

Integrationspreis 2015 ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000 € für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Bis 15.11.2015 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden. Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohner/-innen mit Wohnsitz in Berlin. Hauptkriterien für die Vergabe sind »integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, die Originalität der Idee, die mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität«. Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte. Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises erfolgt Ende 2015.
Vorschläge bitte an das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin.

Weitere Informationen unter: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/aktuelles-und-wissenswertes/ sowie beim Büro der BVV Mitte von Berlin, Telefon 901 82 45 51

11. November: Öffentliche Aktion gegen Wohnungsnot am Brandenburger Tor
Die Aktion wird getragen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in Kooperation mit lokalen Bündnissen gegen Wohnungsnot, von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen sowie Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Neben der Verlesung der »Berliner Erklärung« mit zentralen Forderungen zur Überwindung der Wohnungsnot ist u.a. ein Bühnenprogramm mit Live-Musik und GesprächspartnerInnen aus Politik, Verbänden und mit Betroffenen, einen Schlafsack-Flashmob, eine Fotoausstellung und einen Chor-Auftritt mit Beteiligung Betroffener geplant.
11. November, 12–15 Uhr, Pariser Platz

Termine

Plenum der Stadtteilvertretung
Nächstes öffentliches Plenum der Stadtteilvertretung Turmstraße: Montag, 26. Oktober und Montag, 23. November, jeweils 19–21.30 Uhr, im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Balkonsaal. Mehr Informationen zu den Aktivitäten der Stadtteilvertretung und ihrer Arbeitsgruppen: www.stv-turmstrasse.de

Stadtteilplenum QM Moabit-West
Das Plenum, organisiert vom Moabiter Ratschlag e.V. und dem Quartiersmanagement Moabit West, tagt jeden dritten Dienstag im Monat im Stadtschloss Moabit – Nachbarschaftstreff, Rostocker Straße 32b.

Runder Tisch Gentrifizierung
Jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, im Café Sahara City, Ottostr. 19. Alle interessierten Mieter sind eingeladen.

Regelmäßige Beratungsangebote im Stadtschloss Moabit
- *Rechtsberatung jeden 2. u. 4. Di, 16–17 Uhr, Anmeldung unter Telefon 390 81 20*
- *Sozialberatung, Mi, 13–15 und 16–18 Uhr*
- *Patientenverfügung Plus: Do, 16–18 Uhr, Anmeldung unter Telefon 0158-14 38 60 13*

Ecke Turmstraße
Die nächste »Ecke Turmstraße« erscheint ab 16. Dezember. Redaktionsschluss ist Freitag, der 4. Dezember.
Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/oeffentlichkeitsarbeit/stadtteilzeitung.html

Impressum
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressedruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Im Kleinen Tiergarten

Wie geht es weiter mit dem Vorhaben?

Am Bauzaun des Kleinen Tiergartens in Moabit riecht es streng nach Urin. Weil für die vielen Flüchtlinge auf dem LaGeSo-Gelände gegenüber wenig Toiletten zur Verfügung stehen, verrichten Menschen ihre Notdurft eben hier. Etliche von ihnen nächtigen vor dem LaGeSo-Gelände oder im Park – denn das Landesamt für Gesundheit und Soziales schließt pünktlich ab 17 Uhr und auch am Wochenende. Um morgens einen Platz vorn in der Warteschlange zu bekommen, wollen sich viele Flüchtlinge, nicht in Unterkünfte bringen lassen und übernachten lieber im Park – selbst bei strömendem Regen und der Oktoberkälte. Es ist ein seltsamer Kontrast in diesen Tagen. Das Flüchtlingsdrama mitten in Moabit beschäftigt viele und mischt sich mit dem Alltag, der ja dennoch funktionieren muss.

Die Erneuerungsarbeiten im größten und letzten 7. Bauabschnitt des Kleinen Tiergartens zwischen Johanniskirche und Stromstraße gehen planmäßig voran. Bei einem Baustellenspaziergang Mitte Oktober erläuterten die Landschaftsplaner vom Büro Latz+Partner sowie der zuständige Bauleiter des Bezirksamts den aktuellen Stand. Derzeit werden in diesem Parkabschnitt die Wege angelegt und Spielgeräte für den neuen Spielplatz aufgebaut. An der Durchwegung von der Turmstraße zur Straße Alt-Moabit ist die neue Beleuchtung bereits im Betrieb. Auch die alte Rollerbahn wurde schon erneuert. Im November sollen dann die Pflanzungen wie geplant erfolgen.
Wenn hier im nächsten Frühjahr die Arbeiten beendet werden, nähert sich damit eines der wichtigsten und größten Vorhaben im Sanierungsgebiet und Aktiven Zentrum Turmstraße seinem Abschluss. Es wurde seit 2009 vorbereitet und durchlief ein breites öffentliches Beteiligungsverfahren mit einem Wettbewerb, etlichen öffentlichen Workshops, zahllosen Debatten, Informationsveranstaltungen, Rundgängen etc.
Grundsätzliches Ziel war es, den Park, der in den 50er Jahren angelegt worden war, seitdem aber zuwucherte und verwahrloste, wieder zu einem einladenden Ort für alle Moabiter zu machen. Hierfür wurde nach dem Konzept von Latz+Partner ausgelichtet und neues Grün gepflanzt, Liegewiesen, Spielplätze und Sitzgelegenheiten neu angelegt, Wegeführungen geordnet. Im Abschnitt zwischen Stromstraße und Johanniskirche waren zudem Denkmalschutz-Belange zu berücksichtigen. So wurde in Anlehnung an das historische Vorbild der alte Senkgarten wieder hergestellt und das Wasserspiel erneuert.

Ein Platz für die »Szene«

Weitgehender Konsens bestand darin, die »Szene«, die sich bislang im Kleinen Tiergarten traf, nicht zu verdrängen. Vielmehr ging es darum, zusammen mit den Szenegrüppchen einen eigenen Ort im Park zu schaffen, wo sie sich aufhalten können, ohne mit anderen Nutzern in Konflikt zu geraten. An der Stromstraße wurde deshalb ein Container aufgestellt, der auch rege genutzt wird, ebenso ein Trinkbrunnen und ein Pissoir. Seit einigen Jahren kümmern sich im Auftrag des Bezirksamts Streetworker des Vereins »Fixpunkt e.V.« um die Szene, mindestens zweimal wöchentlich schauen sie nach dem Rechten. Am »Runden Tisch Mobile Sozialarbeit« treffen sich regelmäßig die Sozialarbeiter von »Fixpunkt«, Vertreter des Bezirksamts und des Gebietsbetreuers KoSP, der Polizei und des Ordnungsamts sowie der Stadtteilvertretung, um die aktuelle Lage zu besprechen. Mit den täglich ankommenden Flüchtlingen kommen auch auf die Streetworker von Fixpunkt neue Aufgaben hinzu.

Die Finanzierung

Die Organisation und Begleitung all dessen war enorm arbeitsintensiv. Natürlich ist eine Parkerneuerung für alle nicht zum Nulltarif zu haben. Finanziert wurden die Hauptkosten vor allem durch das Förderprogramm »Aktive Zentren«. Für gewünschte Extras wie den Betrieb des historischen Wasserspiels, des Trinkbrunnens oder des Pissoirs konnten durch die Sanierungsbeteiligten Sponsoren gewonnen werden, weil der Bezirk die Betriebskosten nicht tragen könnte. Durch Kooperation mit ansässigen Cafébetreibern werden außerdem weitere öffentlich zugängliche Toiletten für Parkbesucher zur Verfügung stehen.

Umso mehr verwundert es, wenn ausgerechnet jene Mitbürger, die am lautesten nach Denkmalpflege und Baumschutz riefen, sich nun über die zusätzlichen Kosten beim »Bund der Steuerzahler« beschweren. Der veröffentlicht jährlich sein Schwarzbuch der »Steuerverschwendung«, und hier wird von einigen Moabitern auch der Kleine Tiergarten regelmäßig angeprangert, weil das Vorhaben mehr kostet als ursprünglich prognostiziert.
Dieses Anschwärzen ist allerdings grotesk: Denn die ursprüngliche Kostenschätzung beruhte 2011 auf den Ergebnissen des landschaftsplanerischen Wettbewerbs (an dessen Vorgaben übrigens auch die damalige Stadtteilvertretung beteiligt war). Und schließlich entstanden die Zusatzkosten bei der Parkerneuerung ja nicht zuletzt auch durch Zusatzwünsche von Stadtteilvertretern, Baumschutzaktivisten und der Oberen Denkmalbehörde. Hier ein Überblick:

Kostensteigerungen durch Auflagen des Denkmalschutzes	*483.000 €*
Kostensteigerung aufgrund der Bürgerbeteiligung	*353.000 €*
Kostensteigerungen durch Auflagen und notwendige Ergänzungen	*485.000 €*
Kostensteigerungen durch Aufnahme Entwicklungspflege	*292.000 €*
Allgemeine Preissteigerungen 2010–2013 5,8 %	*140.000 €*

Unter »allgemeinen Preissteigerungen« sind dabei die marktbedingten Kostensteigerungen von Material, Arbeitsleistungen etc. zu verstehen. Die Kosten für »Entwicklungspflege« betreffen die Pflegemaßnahmen und mögliche Ersatzpflanzungen für die ersten zwei Jahre nach Fertigstellung. *us*

Im Oktober konnte nun auch das neue Wasserspiel im betreuten OTTO-Spielplatz in Betrieb eingeweiht werden. Für lustvolles Matschen ist es zwar nun ein wenig zu kalt, aber spätestens an den ersten warmen Frühlingstagen wird es sich großer Beliebtheit bei den Kindern erfreuen.

Prüfung von Milieuschutz in Mitte-Kiezen

Auch offene Mieterberatungen sollen eingerichtet werden

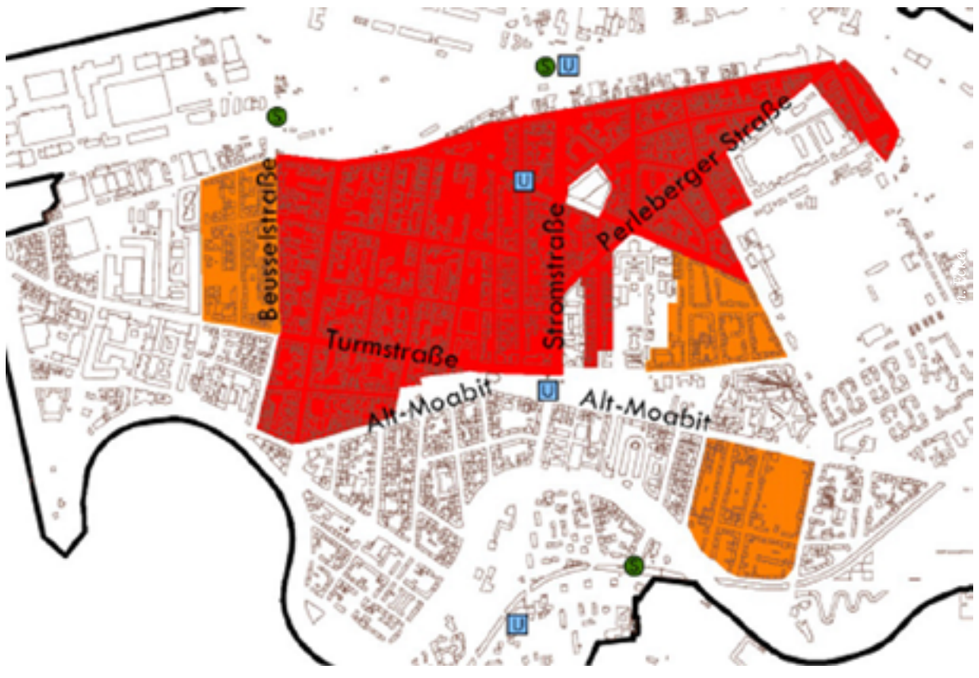
Im September wurden zahlreiche Weddinger und Moabiter Anwohner über ihre Wohnsituation befragt. Schriftlich oder mündlich sollten sie unter anderem Auskunft über ihre Miete und ihr Haushaltseinkommen geben. Der Bezirk Mitte benötigt diese Informationen, um rechtssicher sogenannte »Soziale Erhaltungsverordnungen« für die betroffenen Gebiete beschließen zu können. Das Bezirksamt beauftragte deshalb das neutrale Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH in Zusammenarbeit mit den Stadtplanungsbüros »UmbauStadt« und »die raumplaner«, eine repräsentative Befragung in bestimmten Moabiter Gebieten durchzuführen.

Umgangssprachlich nennt man das »Milieuschutzgebiete« – es gibt davon etliche in Berlin, vor allem in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg, neuerdings aber auch in Tempelhof-Schöneberg. In Mitte existiert nur noch das kleine Gebiet »Oranienburger Vorstadt« südlich des Nordbahnhofs. Auch hier wurde eine Umfrage durchgeführt, um zu prüfen, ob es fortbestehen kann.

In Milieuschutzgebieten sind für Abrisse oder bauliche Erneuerungen von Häusern besondere Genehmigungen des Bezirks erforderlich. In jeweiligen »Sozialen Erhaltungsverordnungen« werden die Regeln festgelegt. So können zum Beispiel Luxusmodernisierungen versagt, aber auch die Umwandlung von Miets- in Eigentumswohnungen verhindert werden. Vor allem letzteres ist ein deutlicher Eingriff in die Eigentumsrechte, denn damit werden de facto bestimmte Erwerber von Grundstücken aus dem Gebiet ausgeschlossen: Unternehmen nämlich, die darauf spezialisiert sind, Mietshäuser aufzukaufen, in Eigentumswohnungen umzuwandeln und diese in kurzer Zeit mit hohem Gewinn zu verkaufen. Die Mieter bleiben dabei meist auf der Strecke, denn unvermietete Eigentumswohnungen erzielen in der Regel deutlich höhere Preise.

Ohne die Nachfrage dieser speziellen Unternehmen aber lassen sich Grundstücke in den Gebieten nicht mehr zu Höchstpreisen verkaufen. Es geht also durchaus um viel Geld, deshalb werden mit ziemlicher Sicherheit auch Klagen beim Verwaltungsgericht gegen Milieuschutzsatzungen eingereicht werden. Der Bezirk muss den Erlass von »Sozialen Erhaltungsverordnungen« also sehr sorgfältig juristisch belegen.

Dazu waren die bezirklich beauftragten Umfragen notwendig: Nur wenn sie auch belegen, dass in den Gebieten tatsächlich ein starker Verdrängungsdruck herrscht, lässt sich ein Milieuschutzgebiet auch rechtssicher begründen. Die erhobenen Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und anonymisiert: Ein strenger Datenschutz ist gewährleistet. Die beauftragten Büros werten sie jetzt aus, bis Ende des Jahres sollen die Ergebnisse vorliegen. Dabei kann sich auch herausstellen, dass Teile der untersuchten Gebiete nicht in die neuen Milieuschutzgebiete eingegliedert werden können. Im kommenden Jahr sollen die Gebiete dann rechtlich festgesetzt werden. Dann sollen im Auftrag des Bezirksamts auch »offene Mieterberatungen« eingerichtet werden, in denen Rechtsanwälte bei mietrechtlichen Fragen beraten. *cs*



Untersuchungsgebiet Moabit (in roter Farbe):
Die orangefarbenen Gebiete sind nur »Verdachtsgebiete« und wurden nicht untersucht.

Kommentar

Ein Lob dem Subbotnik

Es gibt aussterbende Wörter. Es gibt auch Listen von aussterbenden Wörtern. Der Rowohlt-Verlag hat vor einigen Jahren sogar ein ganzes »Lexikon der bedrohten Wörter« herausgebracht. Darunter finden sich solche, über die technologische Entwicklung hinweggerollt ist, etwa »Bandsalat« – der Begriff beschreibt das tragische Ende vieler heiß geliebter Musikkassetten (eine ebenfalls aussterbende Spezies) in den 70er und 80er Jahren. Andere passen einfach nicht mehr in die Zeit, zum Beispiel »Fräulein«. So redete man früher unverheiratete Frauen gleich welchen Alters an, selbst amtliche Formulare unterschieden drei Formen der Anrede: Herr / Frau / Fräulein. Wieder andere fielen der sprachlichen Globalisierung zum Opfer: Ins »Kittchen« kam früher, wer böse Sachen machte – nein nicht in die Küche, sondern in den Knast!

An dieser Stelle sei ein Wort gepriesen, über das die Wiedervereinigung hinweg gefegt ist. Es geht hier nicht um »Westpaket«, »Grilletta« oder »Broiler«, was folgt, ist keine billige Ostalgie. Es geht um ein Wort, das seine Bedeutung in der Jetztzeit wieder erlangt. Es heißt »Subbotnik« und hat, wie unschwer zu erkennen ist, russische Wurzeln. »Subbota« heißt Samstag, Genosse Wladimir Iljitsch Lenin hatte kommunistische Arbeiter, die samstags freiwillige Sonderschichten fuhren, »Subbotniks« genannt. In der DDR bezeichnete der Begriff anfangs Ähnliches: Sondereinsätze für den Wiederaufbau oder die Steigerung der »sozialistischen Produktion«. Der Begriff wanderte dann ins Alltagsleben. In den 80er Jahren verstanden die meisten DDR-Bürger darunter die gemeinsamen Aufräum- und Putzaktionen, die die Mieter eines Wohnhauses alle paar Monate durchführten. Das waren nicht immer beliebte Termine. »Ich fand es eher nervig, samstags mittags von der Schule nach Hause zu kommen und dann noch bei einem Subbotnik mitmachen zu müssen,« erzählt eine im Osten aufgewachsene heutige Mitt-Vierzigerin, »aber im Nachhinein gab es dann doch ein Gefühl von Hausgemeinschaft. Man lernte so seine Nachbarn besser kennen.« Es steckte ein milder Zwang hinter den Subbotnik – aber keiner, der von staatlichen Stellen oder gar der Stasi ausgegangen wäre. Wer sich aber allzu häufig dem Subbotnik entzog, der musste einfach damit rechnen, dass über ihn nicht immer so freundlich geredet wurde. Die meisten Ostler haben dennoch eher positive Erinnerungen daran. Wenn man sie fragt, was besser war in der DDR, dann nennen viele, darunter auch die ganz und gar nicht ostalgischen: »unsere Hausgemeinschaft«.

Auch heute ist ja wieder viel von Freiwilligenarbeit die Rede. In Zeiten von facebook scheint sich diese auch weit außerhalb der Dächer von Hilfsorganisationen geradezu spontan zu organisieren. In Spandau zum Beispiel konnte man beobachten, wie sich um die von heute auf morgen neu eingerichtete Flüchtlingsunterkunft in der Knobelsdorf-Kaserne praktisch sofort ein Netzwerk von rund 1600 Freiwilligen bildete, strukturierte und effektiv mit der Arbeit begann, bis hin zum Deutschunterricht. Und es geht derzeit überall vergleichbar zu, wo Flüchtlingsunterkünfte eröffnet werden. Aber auch außerhalb der »Flüchtlingskrise« spielt sich ähnliches ab. Am »Aktionstag für ein sauberes Berlin«, den der Tagesspiegel, der Paritätische Wohlfahrtsverein und die Initiative wirBerlin Mitte September zum fünften Mal organisierten, veranstalteten über 230 Gruppen mit zusammen mehr als 10.000 Mitwirkenden Aufräumaktionen im öffentlichen Raum – ein neuer Rekord, und zwar ein eindeutiger!

Die Organisatoren nannten das etwas umständlich »bürgerschaftlichen Einsatz zum Wohle unserer Stadt« – »Berlin-Subbotnik«, das haben sie sich dann noch nicht getraut. Es wäre aber sinnvoll, dem Kind einen Namen zu geben: schon allein wegen der angenehmen Erinnerungen, die sich im Nachhinein einstellen! *cs*

Bildecke

Ch. Eckelt

LaGe? So:

Einerseits ändert sich die Lage von Tag zu Tag. Andererseits ändert sich erschreckend wenig.

Ch. Eckelt (2)

Geändert hat sich vor allem das Wetter. Jetzt, Ende Oktober, erreichen die Temperaturen nachts Frostgrade, tags liegen sie manchmal nur ein paar Grad mehr über dem Nullpunkt.
Seit August, als immer mehr Flüchtlinge in Berlin ankamen, sind die Temperaturen um 30 Grad gesunken. Täglich kamen seitdem bis zu 500 Flüchtlinge vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in der Turmstraße an, das für die Erstaufnahme und Registrierung der Flüchtlinge im Land Berlin zuständig ist. Berlinweit kommen schätzungsweise 1000 Menschen – täglich.

An den chaotischen Zuständen vor dem LaGeSo in Moabit hat sich seit dem heißen Sommer wenig geändert – außer dass immer mehr Menschen Hilfe suchen, erschöpft auf und vor dem Gelände kampieren. Sie versuchen, sich notdürftig mit Kapuzenpullovern, Mützen und Jacken gegen Nässe und Kälte zu schützen. Manche haben kleine Iglu-Zelte aufgestellt, wie man sie ansonsten in deutschen Vorgärtchen als Spielort für Kinder sieht – hier suchen Familien damit Schutz gegen die Witterung, wenigstens für die Kinder. Doch wenn es regnet, wird der aufgewühlte Boden zu Schlamm mit riesigen Pfützen.

Ohne Ehrenamtliche wäre es eskaliert

Ansonsten gilt: Warten, warten, warten. Manche der ca. 1000 Menschen, auf dem Areal, so berichten ehrenamtliche Helfer, warten hier schon seit acht Wochen. Hunderte stauen sich vor nur einer Anzeigetafel mitten im Freien, wo die Wartenummern angezeigt werden. Hunderte, vor allem jüngere Männer, stehen zwischen Absperrgittern Schlange, um eine Erstregistrierung für sich und ihre Familien zu erhalten. Erst damit kann das Asylverfahren beginnen, gibt es womöglich eine Chance, Angehörige aus den Kriegs- und Krisengebieten nachzuholen, aus Syrien, dem Irak, Afghanistan oder Eritrea.
Die Situation in der Turmstraße war zumindest bis jetzt noch immer katastrophal. Und wären nicht Hunderte ehrenamtliche Helfer eingesprungen, wären nicht Johanniter, Caritas und das THW und Netzwerke wie z.B. »Moabit hilft« vor Ort gewesen, hätten geholfen – mit stundenlangen Einsätzen sieben Tage die Woche, mit der Organisation nächtlicher Unterbringungsmöglichkeiten, mit Kleider- und vielen anderen Spenden, der Verteilung von Mahlzeiten und Trinkwasser, mit ärztlicher Erstversorgung, die Ärzte neben ihrem eigentlichen Job hier ehrenamtlich leisteten, mit Ansprache und dem Versuch, das Chaos etwas zu ordnen – dann wäre die Lage längst eskaliert.

Obwohl das LaGeSo und der zuständige Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja (CDU) Abhilfe versprachen, hat sich seit August nicht viel getan, die Bürokratie scheint in Berlin offenbar – anders als in München – die größte Hürde zu sein. Offenbar werden hier auch das Versagen des Senators, die komplette Überforderung der ihm unterstellten Behörde und das Unvermögen der Bürokratie, flexibel auf besondere Umstände zu reagieren.

Unvermögen der Bürokratie

– Noch bis Mitte Oktober waren zwei Großraumzelte auf dem LaGeSo-Areal an der Turmstraße wochenlang abgesperrt, wegen »fehlender Rettungswege«. Nun erst sind wurden sie freigegeben – eines davon für die Antragsbearbeitung), das andere als Wartehalle.
– Pro Tag schaffen die Moabiter LaGeSo-Beamten gerade mal 250 Bearbeitungen, der Stau wird von Tag zu Tag größer. Weil die Flüchtlinge Angst haben, morgens keine Platz vorn in der Warteschlange zu bekommen, nächtigen sie teils direkt an der Turmstraße, teils auch im Kleinen Tiergarten – auch bei strömenden Regen und der Herbstkälte. Die Zahl sogenannter »Altfälle«, also noch nicht bearbeiteter Anträge beläuft sich inzwischen auf 5300.
– Korruptionsvorwürfe wurden laut, vor allem gegen Mitarbeiter jener privaten Security-Firma, die als Subsub-Unternehmen für das LaGeSo tätig ist. Manche sollen sich dafür bezahlen lassen, gegen Geld den zahlenden Flüchtlingen einen vorderen Platz einzuräumen. Ein Dolmetscher wurde deshalb bereits gefeuert.
– Wegen der schleppenden Bearbeitung stauten sich bereits täglich morgens ab vier Uhr die Wartenden vor dem Areal. Es gab Verletzte, die beim Ansturm auf das LaGeSo-Gelände niedergetrampelt wurden, zwei Menschen mussten bereits von Notärzten reanimiert werden. Es gibt hochschwangere Frauen, Frauen mit Neugeborenen und schwerst Versehrte, die von Amtsseite keine Behandlung bekommen – nur dem aufopferungsvollen Einsatz von Ärzten, die hier seit Wochen rund um die Uhr ehrenamtlich tätig sind, ist es zu verdanken, dass die Menschen wenigstens notdürftig ärztlich versorgt werden. Es gibt traumatisierte Minderjährige, die ohne Eltern hier sichtlich gezeichnet ankommen und kaum aufgefangen werden – außer von ehrenamtlichen Helfern.
– Das immer noch chaotische Geschehen vorm LaGeSo führt zunehmend nur zu wachsenden Aggressionen und Auseinandersetzungen, weshalb die Polizei immer öfter anrücken und deeskalieren muss. Die private Security ist meist wenig hilfreich.
– Doch als Mitarbeiter des LaGeSo in Gleitschicht für längere Öffnungs- und Bearbeitungszeiten sorgen sollten (etliche waren auch bereit dazu), zog prompt der Personalrat vor Gericht, der sich übergangen fühlte – mit Erfolg: Bearbeitet werden dürfe weiterhin nur zwischen montags bis freitags 9 und 17 Uhr, entschied das Gericht. Davor, danach und an den Wochenenden sind die Flüchtlinge sich selbst überlassen. Und außerhalb der Turmstraße gibt es in der Nähe nur ein öffentliches Klo für 50 Cent. Auf dem LaGeSo-Gelände mangelt es an Toiletten.
– Der zuständige Sozialsenator Mario Czaja versprach zwar vor Wochen, dass es auch dezentral Registrierungsmöglichkeiten durch LaGeSo-Mitarbeiter geben sollte, beispielsweise in der ehemaligen Schmidt-Knobelsdorf-Kaserne in Spandau, wo 1700 Flüchtlinge untergebracht sind. Dort herrschen – im Gegensatz zur Turmstraße – noch eher geordnete Zustände, der beauftragte Betreiber Prisod kümmert sich und kooperiert auch mit den zahlreichen freiwilligen Helfern. Doch die angekündigte dezentrale Registrierung in Spandau wurde vom LaGeSo schnell wieder eingestellt, aus unbekannten Gründen. Mit der Folge, dass die wartenden Flüchtlinge nun wieder täglich von Spandau nach Moabit pilgern mussten.
– Die Unterbringung in zwei Hangars in Tempelhof und im ICC, die für Dezember geplant war, verzögert sich – es gibt Bedenken wegen undichter Dächer und des mangelnden Brandschutzes. Der Senator prüfe und prüfe nur, hieß es inzwischen aus verärgert aus dem Senat.

Flüchtlinge pilgern quer durch die Stadt

Auch die neue Aufnahmestelle in der Bundesallee, die Mitte Oktober in einem ehemaligen Bankgebäude eingerichtet wurde, wird an der Situation wenig ändern. Denn immer noch müssen sich die neu Ankommenden zuerst in der Moabiter Turmstraße registrieren lassen, dort bekommen sie in der einen beheizten Halle nun Armbändchen in gelb, blau oder grau mit ihren persönlichen Daten. Damit warten sie im zweiten beheizten Zelt auf Busse, die sie dann quer durch Berlin in die Bundesallee zu weiteren Bearbeitungsterminen fahren oder in Notunterkünfte. Unterkunfts- oder Campmöglichkeiten gibt es in der Bundesallee nicht.

Derweil warten die, die schon seit Wochen vorm Moabiter LaGeSo warten, die sogenannten »Altfälle« weiter.
Erschwerend kommt hinzu, dass es offenbar an geeigneten Betreibern und sozialen Trägern mangelt, die größere Unterkünfte betreuen könnten. In der Vergangenheit hatte der Verdacht, LaGeSo-Chef Franz Allert habe bei Beauftragungen einen Patensohn bevorteilt, für öffentliche Unruhe gesorgt.
Teils werden Gutscheine für Hostels verteilt, die jedoch mehrheitlich diese Gutscheine nicht mehr akzeptieren wollen, weil die Bezahlung durch das Land Berlin nicht zuverlässig sei. Zum anderen zeichnet sich aber auch ab, dass es dort teils eine unverschämte Geschäftemacherei seitens Hostels und Hotels gab und noch gibt.

Helfer am Rande der Belastbarkeit

Angesichts der anhaltend katastrophalen Zustände schlug Mitte Oktober das Bündnis »Moabit hilft« laut Alarm und wandten sich mit einer Pressekonferenz und einer Demo an die Öffentlichkeit. Es schilderte konkrete Fälle und die derzeitige Lage auf dem Moabiter Areal, es berichtete auch, dass inzwischen eine große professioneller Caterer-Firma einen ehrenamtlichen Verein beim Veterinäramt angezeigt und ausgebootet habe, der seit Wochen bis zu 1500 warme Abendessen auf dem Areal ausgab.

Wir brauchen Unterstützung jetzt!, sagt die Bürgerinitative. Senat und Landesamt hätten es weder geschafft, die bisherigen Versprechungen einzuhalten, um die Moabiter Situation zu entlasten, noch, die ehrenamtlichen Helfer in irgendeiner Weise zu unterstützen, diese würden bestenfalls geduldet.
Die ehrenamtlichen Helfer, so die Bürgerinitiative, »organisieren, kochen, sortieren, behandeln, pflegen, bespaßen, informieren, betreuen, begleiten, trösten, transportieren, aktivieren nach wie vor am LAGeSo. Und das oft 15 Stunden am Stück, Tag und Nacht, sieben Tage die Woche. (…)
Die verzweifelten, wartenden Menschen werden Tag für Tag immer verzweifelter und der Winter steht vor der Tür. Nachweislich warten die Menschen vom Zeitpunkt des Anstellens für eine Nummer zur Registrierung bis zur Ausgabe der ersten Unterlagen bis zu 57 Tagen. (…) Familien mit Babys liegen auf kaltem Beton, Menschen ohne Unterkunft irren durch die Stadt, schlafen jede Nacht woanders oder unregistriert in Zelten, in Parks oder bei Bekannten in überfüllten Wohnungen.«
»Moabit hilft« veröffentlich regelmäßig eine aktualisierte Bedarfsliste für Spenden. Doch »Weder LAGeSo noch Senat stellen irgendwelche Güter zur Verfügung, nicht eine Decke, nicht ein Regenponcho, nicht eine Windel.«

Die erschöpften ehrenamtlichen Helfer machten deutlich, das vor allem die Flüchtlinge, aber auch die Helfer selbst inzwischen an den Rand der Belastbarkeit geraten und zornig sind, weil sie so wenig von der Politik unterstützt werden. Viele von ihnen haben ja auch Familie, Berufe, studieren, sind noch Schüler.
Und viele von ihnen haben inzwischen das Gefühl, dass sich Politik und Verwaltung einfach auf das enorme ehrenamtliche Engagement verlassen, statt sich selbst schnell und flexibel um die akute Situation zu kümmern. Es scheint einfach keinen Plan zu geben. Im Gegensatz zu ihnen haben es Bürger verblüffend schnell geschafft, ungeheuer effektive Netzwerke z.B. über soziale Medien zu organisieren. Doch wenn sie nicht bald Unterstützung und Kooperation von staatlicher und kommunaler Seite erfahren, könnte die Stimmung schnell kippen. Dann könnte die überwältigende Hilfs-, Spenden- und Aufnahmebereitschaft vieler Berliner Bürger, die DIE ZEIT im August mit der schönen Überschrift »Ein zivilgesellschaftlicher Gänsehautmoment« lobte, bald an ihre Grenzen geraten. *us*

Kontakt zu »Moabit hilft« unter
Moabit.hilft@gmail.com, www.moabit-hilft.com
Weitere Links zu Helferinitativen unter: www.fluechtlingsrat-berlin.de

An den Schulen wird es eng

Wenn man Sabine Smentek, der Schulstadträtin von Mitte (SPD), zwei Fragen stellt, lacht sie erstmal: Denn es sind jene Fragen, die ihr immer wieder gestellt werden. Wie geht es weiter in Mittes Schulen angesichts wachsender Kinderzahlen? Und welche Kapazitäten kann man aktivieren?

Vor den Sommerferien gab es einige Aufregung unter Eltern, weil es hieß, dass in Mitte noch ca. 500 Erstklässler nicht wüssten, welche Grundschule sie künftig besuchen würden. »Die Situation hat sich dann aber doch erheblich entspannt«, sagt Smentek. »Letztlich konnten alle Erstklässler in Mitte innerhalb ihres Sprengels eingeschult werden.« Sprengel sind die Einzugsgebiete für Grundschüler in ihrem Kiez. Insgesamt gab es nur 50 Erstklässler mehr als im letzten Jahr.
»Alles relativierte sich dann doch etwas– auch, weil manche Familien wegziehen oder einige Schulkinder dann doch in Privatschulen angemeldet werden«, so die Stadträtin. Und weil die Schulverwaltung auf den zunehmenden Bedarf mit der Ausweitung der Kapazitäten reagierte: An vier Grundschulen wurden für dieses Schuljahr zusätzliche Klassen für die erste Klassenstufe eingerichtet – jeweils eine an der Möwensee- und der Erika-Mann-GS (beide Wedding) sowie der Koppenplatz-Schule und zwei an der Papageno-Grundschule (beide Mitte-alt). An letzterer gibt es schon länger erhebliche Raumnot, weshalb hier eine bauliche Erweiterung geplant ist; als Übergangslösung werden noch in diesem Jahr auf dem Areal Schulcontainer aufgebaut.
Nachdem in den letzten zwanzig Jahren etliche Schulstandorte in Mitte geschlossen oder fusioniert wurden, weil die Schülerzahlen rückläufig waren, hat sich die Situation längst gedreht. Sicher ist: In den Grundschulen in Mitte wird es in den nächsten Jahren noch enger werden. Die Kinderzahlen in der Berliner Innenstadt steigen weiter deutlich – wegen steigender Geburtenraten in der Innenstadt, anhaltenden Zuzugs von Familien nach Berlin und wegen der zunehmenden Zahl von Flüchtlingskindern, die ebenfalls Schul- und Betreuungsplätze brauchen.
Ein weiteres Problem: Etliche Berliner Schulen, auch in Mitte, kamen bislang kaum zur Ruhe – einerseits wegen veralteter Bedarfsprognosen, die den realen neuen Zahlen nicht entsprachen, andererseits wegen ständig neuer Schulreformexperimente des Senats.
Sabine Smentek kam erst Anfang 2014 ins Amt. Auf die neue demografische Lage hat sie bereits in diesem Sommer reagiert: Die Moabiter Carl-Bolle-Grundschule, die eigentlich langsam auslaufen sollte, bleibt als Ganztagsschule erhalten. An der Moabiter Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule werden im nächsten Schuljahr erstmals zwei erste Klassen der Grundstufe eingerichtet.

Ch. Eckelt

Angesichts der aktuellen Entwicklungen bereitet Sabine Smentek mit der Schulverwaltung derzeit eine Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung für den Bezirk Mitte vor, die bereits bis zum Jahresende vorliegen soll. Die Vorbereitungen für das nächste Schuljahr laufen schon jetzt. »Den alten Schulentwicklungsplan können wir angesichts der neuen Entwicklungen in die Tonne treten«, sagt Smentek. Der Bedarf an Schulplätzen wächst immens.
Im Bezirksamt Mitte gibt es inzwischen eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe, die auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt anhand einer Datenbank für geplante Wohnungsbauprojekte die künftigen Bedarfe ermittelt. Detailliert werden dabei alle Bauvorhaben im Bezirk mit Blick auf künftiges Familienwohnen analysiert und die Entwicklungsprognosen aktualisiert. So ergeben sich beispielsweise für die Nördliche Luisenstadt, aber auch für Wedding, Moabit und Mitte-alt zusätzliche Bedarfe. Hingegen sind in Tiergarten-Süd noch Kapazitäten frei.
Die Schulstadträtin, gleichermaßen unternehmerisch erfahren als auch mit Bauvorhaben vertraut, geht das Thema sehr praktisch an. Zunächst müssten die vorhandenen baulichen Kapazitäten voll genutzt werden: an den insgesamt 53 Schulstandorten in Mitte gebe es durchaus noch Ausbau- und Erweiterungsmöglichkeiten. Eventuell müsse man an einigen Standorten Fremdnutzungen einschränken oder Dachgeschosse ausbauen, eventuell auch Gebäude vom landeseigenen Immobilienmanagement (BIM) zurückholen.
In der Aktualisierung der Schulnetzplanung ist jetzt beispielsweise vorgesehen, dass das seit Jahren brachliegende Schulareal in der Adalbertstraße (Nördliche Luisenstadt) zügig wieder als Schulstandort reaktiviert wird, denn in dem Sanierungsgebiet entstehen derzeit zahlreiche neue Wohnungen. Doch das Schulgebäude ist erheblich sanierungsbedürftig. Für Umbau und Erneuerung können hier immerhin Mittel aus dem Förderprogramm »Städtebaulicher Denkmalschutz« eingesetzt werden. Auch andere Schulen im Bezirk sind sanierungsbedürftig – »doch dafür muss man auch Bauleiter finden«, sagt Smentek. Und das ist im bezirklichen Hochbauamt angesichts des chronischen Personalmangels nicht so einfach.
Eine große Herausforderung ist die Einrichtung von »Willkommensklassen« für schulpflichtige Flüchtlingskinder, für die es besonders wichtig ist, in den Schulalltag integriert zu werden, Sprachförderung zu bekommen. Die Stadträtin: »Wir haben inzwischen doppelt soviel Willkommensklassen als noch vor anderthalb Jahren prognostiziert.« Diese Klassen sind mit 10 bis 12 Schülern kleiner als Regelklassen und haben deshalb auch geringeren Raumbedarf, dennoch, so Smentek, »sind angesichts der derzeitigen Situation die vorhandenen Kapazitäten für ca. 60 Willkommensklassen vor allem in unseren Grundschulen schnell ausgeschöpft und werden wohl nicht ausreichen. Im Oberstufenbereich sind dagegen noch mehr Plätze frei. Willkommensklassen werden inzwischen laufend, fast im Monatsturnus eingerichtet.«
Für das notwendige pädagogische Personal ist allerdings der Senat, nicht der Bezirk zuständig. Die Schulaufsicht des Bezirks Mitte durfte immerhin zwei zusätzliche Lehrer einstellen. Mussten noch vor einigen Jahren junge Lehramtsabsolventen scharenweise ihr berufliches Glück in anderen Bundesländern suchen, ist nun der Bedarf in Berlin immens, zumal etliche der angestellten oder verbeamteten Berliner Lehrer bald in Rente gehen werden. Smentek hat auf die Personalpolitik keinen Einfluss, aber sie kennt den Bedarf: »Die Senatsverwaltung stellt inzwischen auch Quereinsteiger ein.« *us*

Mittelstreifen der Waldstraße wird neu gestaltet

Ch. Eckelt

Ende September hat der Umbau des Mittelstreifens auf der Waldstraße begonnen. Dafür stehen 309.000 Euro Fördermittel aus dem Programm »Soziale Stadt« zur Verfügung. Doch diese Summe reicht nicht aus, um den von der Landschaftsarchitektin Birgit Teichmann mit ansässigen Einrichtungen sowie Bewohnerinnen und Bewohnern abgestimmten Entwurf umzusetzen. Deshalb werden zunächst nur das nördliche Teilstück von der Siemensstraße bis zum SOS-Kinderdorf und das südliche Teilstück bis zur Wiclefstraße umgestaltet.

Im März und April 2015 wurden die Entwürfe des Architekten-Wettbewerbs drei Wochen lang im Vor-Ort-Büro des Quartiersmanagements Moabit West ausgestellt und bei einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert. Das war der Auftakt zu einer umfangreichen Bürgerbeteiligung. Kurz danach wählte eine Jury den Entwurf von Teichmann aus. Bei Befragungen auf der Straße konnten Nutzerinnen und Nutzer des Mittelstreifens ihre Vorstellungen vor Ort einbringen. Ebenso wurden ansässige Institutionen, wie Kinderläden, die Psychosoziale Initiative, das SOS-Kinderdorf und Gewerbebetriebe einbezogen. Als neues Beteiligungsmodul testete das Quartiersmanagement Moabit West hier erstmals »FlashPoll«, eine App, mit der lokale Kurzumfragen durchgeführt werden können. Und die Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Mitte im Moabiter Ratschlag e.V. organisierte die Kinderbeteiligung, wobei der Kinderladen Ali Baba und das SOS-Kinderdorf gern kooperierten.
Von vornherein wurde deutlich kommuniziert, was nicht umsetzbar sein wird. So waren Gestaltungsideen für die Straße und die Gehwege ausgeschlossen. Auch der kleine Brunnen kann nicht innerhalb dieser Baumaßnahme reaktiviert werden – so wünschenswert das auch wäre. Doch es sollten keine vollkommen unrealistischen Vorstellungen geweckt werden, die zu späterer Enttäuschung führen. Natürlich kamen solche Wünsche und besonders der Brunnen trotzdem zur Sprache. Teichmann zeigte sich in diesem Beteiligungsprozess sehr offen für Vorschläge und Wünsche: »Die Landschaftsarchitektin hat bei der Überarbeitung ihres Entwurfs alle Seiten ernst genommen. Wenn sie auch nicht alle Wünsche und Vorstellungen eins zu eins übernehmen konnte, hat sie sich doch eng an die von jungen und älteren Nutzerinnen und Nutzern formulierten Bedarfe gehalten,« sagt Tita Kaisari vom Moabiter Ratschlag.
Ein breiter durchgängiger Weg, der auch von Radfahrern genutzt werden kann, läuft hinter der Baumreihe entlang der Straße – meist heller Asphalt, in Teilstücken wird das Mosaikpflaster erhalten. Östlich davon reihen sich mehrere Bewegungsangebote und Sitzgelegenheiten aneinander. Neue Pflanzbeete werden etwas erhöht angelegt. Bewährtes bleibt erhalten, wie Schachbrett, Pergolen, Bänke und Rasen. Statt der kleinen Sandfläche mit einem einsamen Wipptier, die kaum von Kindern genutzt wird, entsteht eine Aufenthaltsfläche mit Tischtennisplatte und Geräten für »Street-Workout« (also öffentlichen Fitness-Geräten) in der Nähe der Psychosozialen Initiative. Beim Kinderladen Ali Baba werden Hängenetze und Spielgeräte für Kleinkinder eingebaut. Einige Flächen bekommen einen Kunststoffboden. Vorläufig nicht umgesetzt wird die geplante Hügellandschaft vor dem SOS-Kinderdorf bis zur Wiclefstraße. »An dieser Stelle wurde weniger Bedarf für eine Umgestaltung angemeldet, die Straßenspiele funktionieren gut auf der vorhandenen Fläche. Aber wir versuchen, auch dafür Fördermittel zu finden,« so Beatrice Pfitzner vom Quartiersmanagement.
Weil der Unterbau der Flächen auch erneuert werden muss, fehlen etwa 120.000 Euro. Dabei kommt jetzt das Förderprogramm für das »Aktive Zentrum Turmstraße« ins Spiel. Aber einfach wird das nicht. Eine Verlegung des Radwegs vor den Geschäften am südlichen Ende der Waldstraße vom Gehweg auf die Straße wäre wünschenswert und grundsätzlich auch finanzierbar. Doch müssen diese Mittel aus dem Förderprogramm »Aktive Zentren« langfristiger angemeldet werden. Es dauert also. Fraglich ist, ob eine prozentuale Beteiligung an der bereits beauftragten Baumaßnahme möglich wäre, denn das »Aktive Zentrum« reicht nur bis zur Waldenser Straße und nicht bis zum SOS-Kinderdorf.
Wünschenswert wäre es gewesen, hätte sich das QM von Anfang an auch mit dem Koordinationsbüro KoSP, das für die Betreuung des AZ-Gebiets Turmstraße zuständig ist, frühzeitig über den Anschluss des Radweges auf der Waldstraße an die Umgestaltung des Mittelstreifens verständigt. *Susanne Torka*

Hier kann der Entwurf für den umgestalteten Mittelstreifen heruntergeladen werden: www.moabitwest.de/fileadmin/content-media/media/Waldstrasse/150615_Entwurf.pdf

Eckensteher

Kleines Schild, große Folgen

Warum sich der geplante Umbau rund um die Arminiushalle um Wochen verzögerte

Ch. Eckelt

Man sollte meinen, dass es vielleicht einfacher ist, vier Nebensträßchen rund um die Arminiushalle innerhalb eines Jahres umzubauen als, sagen wir, das Jahrhundertprojekt eines neuen Großstadt-Flughafens mal irgendwie auf die Reihe zu kriegen.
Aber dann wäre das Berliner Leben ja langweilig. Damit es gar nicht erst so weit kommt, sorgt die Berliner Verwaltung für immer neue Überraschungen – auch im Detail.
Seit 2012/2013 wurde die Umgestaltung des Markthallenumfeldes in Moabit geplant: mit öffentlichen Informationsveranstaltungen und Planungswerkstätten mit Anwohnern und Gewerbetreibenden, mit vorbildlicher Bürgerbeteiligung und abgestimmten bezirklichen Planungen. Als dann die Arbeiten beginnen sollten, fiel aber der Senatsverkehrsverwaltung plötzlich wieder die alte Tram-Planung für Moabit ein. Weil nun gleich 12 (!) Varianten der Trassenführung geprüft wurden, lag das Markthallenumfeld fast zwei Jahre wieder auf Eis.
Dann, 2015, war die Trassenführung über die Turmstraße schließlich geklärt. Der Umbau rund um die Arminiushalle hätte nun losgehen können, zumal auch die Wasserbetriebe endlich mit ihren Leitungsarbeiten fertig waren.
Eine Baufirma wurde nach der bezirklichen Ausschreibung beauftragt. Auf einer öffentlichen Veranstaltung und mit Informationsschreiben in den Briefkästen wurden die Anrainer über den geplanten Baubeginn und die Bauabschnitte informiert. Ende August sollte der erste Bauabschnitt in der Bremer Straße beginnen. Doch Mitte Oktober war von einer Baustelle immer noch weit und breit nichts zu sehen.
Grund dafür ist ein simples Baustellenschild, das aufgestellt werden muss, um den Autofahrern auf der Turmstraße das Rechtsabbiegen in die Bremer (künftige Baustelle) zu untersagen. »Baustellenanordnung« heißt das im Amtsdeutsch. Ohne diese darf die Baufirma mit ihren Umbauarbeiten nicht beginnen. Weil die Bremer aber eine kleine Nebenstraße ist, muss das lediglich die bezirkliche Verkehrsbehörde veranlassen.
Das sah die offenbar völlig überforderte Bezirksbehörde nach angestrengtem Nachdenken aber ganz anders: Denn das Schild – ein weißer Geradeauspfeil auf blauem Grund – müsse ja schließlich in der Turmstraße, mithin einer Hauptverkehrsstraße, aufgestellt werden. Und somit sei doch die für Hauptverkehrsstraßen zuständige übergeordnete Verkehrslenkung Berlin (VLB) bei der Senatsverwaltung – nun ja, zuständig. Nach wochenlanger Verzögerung wurde die Anforderung eines profanen Verkehrsschildes also einfach vom Bezirk an den Senat weitergereicht. Die ebenfalls überforderte VLB wiederum fragte sich erbost, ob die Bezirksbehörde noch alle Nadeln an der Tanne hätte, und sie wies die bezirkliche Verkehrsverwaltung an, endlich die Baustellenanordnung freizugeben.
Angesichts dieses Irrsinns möchte man einfach ganz, ganz oft die Stirn auf den Tisch hauen – aber wenn man jeden obskuren Verwaltungsvorgang derart begleiten möchte, wäre man schnell beim Schädelbruch. In Spandau beispielsweise verhinderte die Berliner Lärmschutzverordnung, dass Flüchtlinge in einem Gewerbegebiet zeitweite mobil untergebracht werden. Viele von ihnen haben zwar Bombenkriege und unendliche Fluchtwege überlebt, aber die deutsche Gesetzes- und Verordnungslage schützt gründlich – im Zweifelsfall eher vor eventueller Lärmbelästigung als vor Obdachlosigkeit und Kälte.
In Moabit, auf dem Gelände des LaGeSo, wo sich Anfang August in glühender Hitze mehr und mehr Flüchtlinge stauten, prüften die Wasserwerke erstmal tagelang die Vorschriftsmäßigkeit der Wasserqualität – trotz bereits vorhandener Anschlüsse. Und dazwischen war ja dann auch Wochenende. Es waren ehrenamtliche Helfer, die die durstigen Flüchtlinge mit Wasser versorgten, das aus Spenden bereitgestellt wurde.
Es gibt große und kleine Trauerspiele. Ein kleineres ist sicher die rund um die Arminiushalle. Aber sie ist trotzdem schwerwiegend genug: Immerhin wartet hier seit Wochen eine Firma darauf, dass sie endlich mit dem Bau beginnen kann. Dafür wurden Arbeitskräfte bereitgestellt und andere Aufträge zurückgestellt. Nur wegen des Kompetenzgerangels um ein simples Schild sitzen nun zahlreiche Arbeiter der Firma da und müssen weiterhin darauf warten, dass sie endlich anfangen dürfen. Eine kleine oder mittelständische Firma können solche Verwaltungseskapaden durchaus schnell in den Ruin treiben.
Auch die Anwohner und Gewerbetreibenden sind wenig amüsiert. Denn der Irrwitz hat ja Folgen: Sollte der Umbau tatsächlich noch Anfang November (also mehr als zwei Monate später als geplant) anfangen können, dauert es bekanntlich nicht lange, bis der Winter und der Bodenfrost kommen. Tiefbauarbeiten können dann nicht mehr fortgeführt werden, und bis zum Frühjahr sitzen die Anrainer vor einer angefangenen und stillgelegten Baustelle, was insbesondere für die Gewerbetreibenden eine existenzielle Belastung ist. Dieses Spielchen ist in Berlin nur allzu bekannt. *us*

TIM, Kiezkarte, Gebietsfonds

Neues aus der Moabiter Geschäftslandschaft

Am 20. Oktober fand erneut ein gemeinsames Frühstück der Händlergemeinschaft TIM (Turmstraßen-Initiative-Moabit) statt – diesmal wieder in der »einrichtungsmeisterei« in der Oldenburger Straße. Regelmäßig treffen sich Gewerbetreibende und weitere Akteure aus dem Kiez zum Gesprächsfrühstück an wechselnden Orten und besprechen dabei gemeinsame Aktionen, um die Geschäftsstraße und die umliegenden Straßen zu beleben und attraktiver zu gestalten. Im Frühjahr hatten engagierte Gewerbetreibende die Initiative TIM gegründet, die bislang u.a. zum Erfolg des diesjährigen Moabiter Kiezfestes einen großen Beitrag leistete (mit Organisation, zahlreichen Ständen und der Gestaltung des Abendprogramms).
Ein ebenso großer Erfolg von TIM ist die »Kiezkarte – Die Moabiter Insel rund um die Turmstraße«, die seit September in Moabiter Geschäften ausliegt und durch den Gebietsfonds teilfinanziert wurde. Die Karte verzeichnet interessante Geschäfte und attraktive Orte im Gebiet und wurde von der Künstlerin Sara Contini-Frank in ansprechender Optik gestaltet. Lokale Gewerbetreibende beteiligten sich auch finanziell daran, indem sie Anzeigen schalteten. Die Nachfrage ist groß, sodass inzwischen über eine zweite Auflage der Karte nachgedacht wird. Sie ist auch online zum Herunterladen verfügbar: http://turmstrasse.de/downloads/pdf/projekte/gebietsfonds/150901_Kiezkarte Moabit.pdf
TIM bereitet derzeit eine gemeinsame Weihnachtsaktion bzw. -karte vor. Wer sich beteiligen möchte, melde sich beim Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße (GSM), Kontakt siehe Rückseite dieser Zeitung!
Über das nächste TIM-Treffen gibt das GSM Auskunft.

Gebiets- und Kulturfonds

Auch in diesem und im nächsten Jahr lädt das GSM interessierte Gewerbetreibende ein, sich um Fördermittel zu bewerben! Gewerbetreibende oder Kulturschaffende, die das Gebiet mit ihren Initiativen bereichern und attraktiver gestalten wollen, können jederzeit Anträge beim Geschäftsstraßenmanagement stellen, das auch zum Verfahren und zu den Vorhaben berät. Projekte können mit bis zu 50% der Gesamtkosten gefördert werden, die andere Hälfte finanziert der Antragsteller. Beantragt werden können bis zu 10.000 Euro. Über die Mittelvergabe entscheidet vierteljährlich eine Jury lokaler Akteure, in der die Stadtteilvertretung maßgeblich beteiligt ist. *us*

Mehr Informationen unter www.turmstrasse.de/projekte/gebietsfonds.html bzw. telefonisch beim GSM, Kontaktdaten siehe Rückseite

Berliner Kunstschaffende gründen eine Genossenschaft

Am 15. September haben sich 22 Künstler sowie fünf Kunstfreunde zusammengeschlossen und die Atelierhaus-Genossenschaft Berlin (AHGB eG i.Gr.) gegründet. Damit startet ein Berliner Projekt, um langfristig Kunsträume mit Ateliers und Werkstätten, aber auch für die Kunstpräsentation, für Galerien und Projekträume zu sichern. Ziel ist es, eigene Immobilien zu erwerben und genossenschaftlich zu betreiben.
Gestartet als Initiative des Kunstvereins Tiergarten e.V. in Moabit (Betreiber der kommunalen Galerie Nord) fand die erste Informationsveranstaltung mit über 80 interessierten Teilnehmern am 31. März statt. In weniger als sechs Monaten organisierten die beiden Initiatoren, Christian Hamm vom Kunstverein Tiergarten und Ulf Heitmann von der Wohnungsgenossenschaft Bremer Höhe e.G., die Gründungsversammlung der neuen Genossenschaft, die nun amtlich als juristische Körperschaft eingetragen werden soll.
Die Mitglieder der »Atelierhaus Genossenschaft Berlin« wollen mit dieser Gründung deutlich machen, wie wichtig es auch für Kunstschaffende ist, dass ihre Arbeits- und Präsentationsorte eine gesicherte Zukunft haben. Durch das genossenschaftliche Prinzip werden diese Räume auch nachfolgenden Künstlergenerationen zur Verfügung stehen. Hiermit ist eine langfristige und sehr nachhaltige Strategie verbunden, die jedoch noch viel weitere Unterstützung benötigt.
Bisher gibt es noch kein konkretes Gebäude, das sich als Atelierhaus eignet. Vielmehr wurden mit der aktuellen Gründung zunächst die Grundlagen dafür gelegt, ein Gebäude erwerben zu können. Jetzt beginnt die Suche nach einem geeigneten Objekt, das mit ungefähr 2.000 qm Nutzfläche die ideale Größe für ein erstes Atelierhaus hätte. Bevorzugter Standort ist der Bezirk Mitte bzw. andere zentrumsnahe Standorte. Auch der Neubau eines Atelierhauses wird nicht ausgeschlossen, ein Grundstück in Moabit wird aktuell auf seine Eignung geprüft.
Wer sich der Atelierhaus Genossenschaft Berlin anschließen möchte, kann eine der nächsten Informationsveranstaltungen besuchen. Hierfür eine kurze Email an hamm@kunstverein-tiergarten.de – dann erhält man eine Einladung zum nächsten Infotermin. *us*

Klohäuschen im Ottopark

Er sieht derzeit nicht gerade attraktiv aus – der Anbau am Gemeindehaus im Ottopark, der 30 Jahre lang als Toilettenhäuschen genutzt worden war. Lange wurde in den letzten Jahren überlegt, wie der Bau aus den 1920er Jahren gerettet und genutzt werden könnte – nicht kommerziell, sondern für soziale Zwecke. Problempunkte sind aber dabei die Erschließung, weil das Häuschen nicht an das öffentliche Straßenland angebunden ist, der Sanierungsaufwand und mögliche Nutzer. Nun hat das KoSP (als Sanierungsbeauftragter für das Gebiet) eine mögliche Lösung gefunden – die benachbarte Gemeinde-Kita könnte und würde gern das durchaus geräumige Gebäude als Multifunktions- und Bewegungsraum nutzen, dazu bedürfte es lediglich eines einfachen Durchgangs zu den Gemeinderäumen und natürlich der Sanierung des Gemäuers.
Während sich das KoSP um eine verträgliche Lösung bemühte, hat jedoch das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt derweil beschlossen, das Gebäude abzureißen, um das Problem schnell loszuwerden. Begründet wurde das mit einem Schadstoffgutachten, das jedoch den Sanierungsbeteiligten bislang aus unerfindlichen Gründen nicht vorgelegt wurde. *us*

Ch. Eckelt

Abgrenzung Wahlbereich
Fördergebiet Aktives Stadtzentrum
Sanierungsgebiet Turmstraße

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr, donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 90 18-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Evelyn Möbus (030) 90 18-458 59
evelyn.moebus@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 90 18-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Stadtteilvertretung
Die Stadtteilvertretung trifft sich derzeit an jedem 4. Montag im Monat im Rathaus Tiergarten (BVV-Saal)
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Andreas Wilke (030) 33 00 28 36
wilke@kosp-berlin.de
René Uckert (030) 33 00 28 33
uckert@kosp-berlin.de
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement
die raumplaner
Alt-Moabit 62, 10555 Berlin
Sabine Slapa, Jan Schultheiß, Georg Thieme, Jan Abt
(030) 37 59 27 21
gsm@die-raumplaner.de
www.die-raumplaner.de

Quartiersmanagement Moabit-West
(Beusselstraße) Rostocker Straße 3, 10553 Berlin (030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin